Telegraphendrahtpacht Berlin-Dresden.

Dieses Blatt erscheint täglich früh 7 Uhr i. d. Exped.: Marienstr. 13. Abonnements-Preis vierteljährlich 2 Mark 50 Pfg., durch die Post 2 Mark 75 Pfg. Nummer 10 Pfg. Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inserate für die Nr. Nachr. nehmen an: Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler; — Rud. Mosse; — Daube & Co.; — Invalidendank; — G. Müller in Berlin; — Rob. Rieh in Magdeburg; — J. Barck & Co. in Halle; — B. Arndt, Berlin W.; — Rudolf Steiner in Hamburg; — Zeitungs-Agentur von L. Plotzat in Teplitz.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Fernsprech-Stellen Nr. 11 (Altst.) u. 582 (Neust.)

Inserate werden Marienstr. 13 bis Nachm. 3 Uhr angenommen. Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: Große Meißnergasse 5 nur an Wochentagen bis Nachm. 3 Uhr. — Die einspaltige Petitzeile (ca. 8 Silben) kostet 15 Pfg. Unter Eingesandt die Zeile 30 Pfg. Ganz Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Mehrmalige Insertions-Aufträge werden nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Baareinzahlung angenommen. Acht Silben kosten 15 Pfg. Inserate für die Montags-Nummer oder nach einem Festtage die Petitzeile 20 Pfg.

Das Maskengarderobe-Magazin I. Ranges
von
Frau Mathilde Klemich, Seestraße 2, 2. Et.,
empfiehlt ihr grosses Lager **historischer u. Phantasie-Costüme** für **Herren** und **Damen.**
Bestellung nach Maass. Ausführung nach auswärts prompt.
Musterbücher jeden Genres. Preiscourante gratis.

C. A. Rose
Zahnarzt,
Atelier künstl. Zahnarbeiten, Plombirungen etc.
Dresden, Schloss-Strasse 4, II. Et.
Sprechzeit: 9—4 Uhr Nachmittags.

Gardinen-Fabrik
von **Ed. Doss** i. Auerbach i. V., Special- u. Hauptgesch.
Dresden, Waisenhausstr. 25 (Victoria-Salon),
empfiehlt **sächsische, englische** und **Schweizer Gardinen, weiss** und **crême,** d. Fenster v. 3 bis 100 Mk. **Mustersend. nach auswärts bereitwilligst.**

Fabrik-Etablissement einfacher und eleganter Kinder-Garderobe von Alexander Philipsohn
Nur Angabe des Alters erforderlich. Auswahlsendung bereitwilligst.
Neuheiten für **Knaben** bis 16 Jahre: **Anzüge, Ueberzieher** etc.
für **Mädchen** bis 16 Jahre: **Kleider, Jaquets, Mäntel** etc.
Waisenhausstrasse Nr. 7 (Palais Gutenberg), Halb-Etage.

Nr. 15. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl.

Aussichten für den 15. Januar: Mäßig. Westwind, Nebel, vorwiegend trübe, etwas Niederschlag, Temp. wenig verändert.

Dresden, 1884. **Dienstag, 15. Januar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

Im Berliner Abgeordnetenhause wird gestern der Präsident die Sitzung mit einem ehrenden Nachrufe an den jäh verstorbenen Abg. v. Ludwig eröffnet haben. Nach parlamentarischer Gepflogenheit erhebt sich das Haus zum Zeichen seiner Theilnahme von seinen Sitzen. Diese Ehre wird ausnahmslos Jedem zu Theil, den der Tod aus den Reihen seiner Mitabgeordneten entführt. Aber nur wirkliche Abgeordnete haben darauf Anspruch, nicht Personen, die früher einmal einem Parlamente angehört haben. Darum sind auch die heftigen Vorwürfe gegenstandslos, mit denen die Zeitungen von Moses und Kohn das Abgeordnetenhaus-Präsidium überschütten, weil Herr v. Köller nicht dem todten Lasker einen Nachruf gewidmet hat. Lasker gehörte, nachdem ihn bei den Wahlen die Stadt Frankfurt hatte durchfallen lassen, seit 4 Jahren dem preußischen Abgeordnetenhause nicht mehr an. Im Reichstage, dessen Mitglied er bis zum Tode war, wird ihm ja der Nachruf gebührender Maßen nicht fehlen. Auf diese Dinge würde man gar nicht zu sprechen kommen, wenn nicht die jüdische-fortschrittliche Presse Berlins mit Laskern einen förmlichen Heroenkultus triebe und der deutschen Nation am liebsten zumuthen möchte, die Kleider zu zerreißen und Asche auf das Haupt zu streuen. Diese Aufdringlichkeit hat bereits die natürliche Gegenwirkung hervorgebracht und es fällt nicht blos der „Kreuz-Ztg.", sondern Allen, die an der Leiche eines politischen Gegners gern Pietät walten lassen und Takt beobachten, immer schwerer, die Mahnung des „De mortuis nil nisi bene!" dauernd zu beherzigen. Schon begegnet man wiederholt Darstellungen von Lasker's Wirksamkeit, die eine andere Anschauung gewinnen lassen, als die, es sei in ihm „einer der berufensten Werkleute am Aufbau des deutschen Reiches" gestorben. Wenn die gedachte Presse es fortgesetzt darauf anlegt, die Kritik der Ueberlebenden betreffs des Politikers Laskers herauszufordern, so wird es geringe Mühe kosten, die dreiste Geschichtsfälschung, die man in Schwang bringen möchte, zu zerreißen. Alle diese Bemerkungen gelten nicht dem Todten, sondern seinen überlebenden Gesinnungsverwandten.

Umsomehr ist es angezeigt, auch dem jüngst, gleichfalls in Folge Schlagflusses gestorbenen Abg. v. Ludwig, einem der unversöhnlichsten Gegner Lasker's, ein kurzes Wort zu widmen. Herr v. Ludwig war einer der immer seltener werdenden unerschrockenen Ehrenmänner, die offen aussprechen, was ihr Herz bewegt. Menschenfurcht kannte er nicht, er trug kein Bedenken, sich mit seinen besten Freunden zu überwerfen, sobald diese aus diplomatischen Gründen zur Vorsicht riethen. Als eifriger Katholik in einem schlesischen Kreise gewählt, schied er aus der Centrumspartei aus, seitdem er auf der Tribüne des preußischen Abgeordnetenhauses gegen Herrn v. Bennigsen die Anklage erhob, derselbe habe es dahin gebracht, daß die Hannover-Altenbecker Bahn einen unnöthigen und sehr kostspieligen Umweg über die Bennigsen'schen Güter machen müsse. Sofort erhob sich Ludwig's Parteigenosse, v. Schorlemer, zu der Erklärung, daß die Centrumspartei mit dieser Anklage Nichts zu schaffen habe. Ludwig schied aus seiner Partei aus und hatte ein Duell mit Bennigsen, bei dem aber so wenig herauskam, wie bei jener unbewiesenen Anklage. Seitdem war v. Ludwig ein „Wilder" und wegen seines Freimuthes gefürchtet. Wie oft haben ihn Lasker, Bamberger und Genossen von der Tribüne herunterzulärmen versucht, wenn er gegen ihre verderbliche Gesetzmacherei wetterte! Unbarmherzig zerstörte er den Nimbus, mit dem jene Herren ihre so gemeinschädlichen Gesetze zu verhüllen verstanden.

In der Versetzung des Grafen Herbert Bismarck als Mitglied zur Kaiserlichen Botschaft in Petersburg erblicken die Politiker wohl nicht mit Unrecht ein neues Unterpfand des Friedens. Soviel auch der begreifliche Wunsch des Vater-Reichskanzlers mitgewirkt haben mag, seinen Erstgeborenen einen praktischen Kursus der Diplomatie bei den wichtigsten Höfen Europas durchmachen zu lassen, so spricht doch das Erscheinen des Grafen Herbert Bismarck auf dem Parquet der Petersburger Hofgesellschaft unzweideutig für das Bestehen guter Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland. Erkennbar sind dieselben seit dem Besuch des russischen Reichskanzlers, Herrn von Giers, beim Fürsten Bismarck in Friedrichsruhe eingetreten. Sie werden Fortsetzung und Kräftigung erfahren, durch den weiteren Besuch, den Herr von Giers auf der Heimreise von seinem Schweizer Urlaub nach Rußland dem österreich. Kaiserhofe abstattet. Dieses diplomatische Ereigniß wird in dieser Woche vor sich gehen und daß sich daran eine Menge Erläuterungen und Muthmaßungen knüpfen, ist ebenso unvermeidlich, wie daß nach einer gewöhnlichen Rede des Dresdner Stadtverordneten Hartwig eine angebliche Richtigstellung des Referats erfolgt. Auch zu Oesterreich hat Rußland seit einiger Zeit ein besseres Verhältniß anzubahnen verstanden. Es hat eine Drehung der russischen Orientpolitik nach dem Frieden zu stattgefunden. Die russischen Agenten auf der Balkan-Halbinsel haben ihre Hetzereien gegen Oesterreich eingestellt und wenn immer wieder der eine oder andere Streitfall, bald in Serbien oder Montenegro, bald in Bulgarien oder Ostrumelien oder in der Türkei selbst auftaucht, wobei Rußlands wühlende Hand wahrnehmbar, so entspricht dies lediglich dem Bestreben, die russische Agitationsmaschinerie überhaupt nicht ganz einrosten zu lassen, damit sie im ernsten Bedarfsfalle wie früher zu fungiren im Stande ist. Auch der in Odessa soeben erfolgte Tod des kaum 58 Jahre alt gewordenen General Fadejew kommt der Kräftigung besserer Beziehungen zwischen Rußland und Oesterreich zu Gute. In Skobelew verloren die Panslavisten vor 1½ Jahren das Schwert, in Fadejew die Feder für den künftigen Orientkrieg. Das ganze Sinnen dieses letzteren Todfeindes Oesterreichs war die Zertrümmerung des Donaureichs. In einer seiner Broschüren hatte der unermüdlich schriftstellernde General Fadejew das Dogma verkündet, welches das Evangelium der Panslavisten geworden war: Rußland müsse, um das Protektorat über die Slaven zu erlangen, zunächst Deutschland bekriegen und dann Oesterreich-Ungarn theilen. Der Weg Rußlands nach Konstantinopel führe über Wien — lautete der Refrain der Fadejew'schen Brandschrift. Es war diesem merkwürdigen russischen Zeitungsgeneral und Militärschriftsteller gelungen, den alten russischen Haß von der Türkei auf Oesterreich abzulenken. Jetzt schließt der unermüdliche Mann in einem Zeitpunkt die Augen, da statt des geträumten Kreuzzugs der Russen gegen Oesterreich sich die freundlichsten Beziehungen zwischen beiden Staaten einzustellen beginnen. Möchte es den russischen Machthabern gelingen, den aus den wilden Lehren Fadejew's emporgeschossenen Haß niederzuhalten!

Die Verwerfung des jüdischen Mischehengesetzes durch das ungarische Oberhaus ist eine der erfreulichsten Botschaften, die seit langer Zeit aus dem Magyarenlande gekommen ist. Die Wuth der größtentheils verjudeten Wiener Presse über die Niederlage Rothschild's und seiner Helfershelfer in der Pester Regierung ist grenzenlos, aber hochkomisch. Schimpfworte, wie: tumult- und skandalsüchtiges Junkerthum, aus allen Spielclubs und Rennställen herbeigeeilter Bundschuh-Adel und dergl. fliegen nur so in der Luft herum. Diese Zornausbrüche rühren Niemanden. Mit der ihm eigenen Unverfrorenheit steckt Minister von Tisza die Niederlage ruhig in die Tasche, er läßt das Gesetz fallen. Früher wanderte einmal ein vom Unterhause angenommenes, vom Oberhause abgeworfenes Gesetz 27 Mal zwischen beiden Körperschaften hin und her, bis endlich das Oberhaus mürbe gemacht war. Dieses grausame Spiel unterläßt diesmal Tisza wohlweislich; er ist froh, wenn er überhaupt Minister bleiben und Ungarn noch weiter nach den Rezepten der Dynastie Rothschild's beglücken darf.

Neueste Telegramme der „Dresdner Nachr." vom 14. Jan.

Berlin. Der Kronprinz empfing gestern den Direktor des geheimen Staats-Archivs Dr. von Sybel behufs Feststellung des im Archiv niederzulegenden Dokumentes über die Reise des Kronprinzen, namentlich über den Besuch beim Papste. — Nachdem die Canstein'sche Bibelanstalt in Halle die gelegentlich der vorjährigen Lutherfeier revidirte Luther'sche Bibelübersetzung als Probebibel veröffentlicht hat, fordert der evangelische Ober-Kirchenrath öffentlich auf, Urtheile und Verbesserungs-Vorschläge bis zum 10. November d. J. einzusenden. — Der Ausschuß des Vereins der norddeutschen Baumwoll-Industriellen hat sich zu den Grundzügen des neuen Unfallgesetzes sehr sympathisch gestellt; er befürwortet die Bildung einer einzigen Berufs-Genossenschaft für die gesammte deutsche Textil-Industrie. — Das Herrenhaus tritt am 22. Januar zusammen zur Berathung der Eisenbahn-Verstaatlichungen. — Dem Bundesrathe wurde mitgetheilt, daß für die deutsche Zoll-Einfuhr nach der Türkei an Stelle des früher vereinbarten türkischen Zoll-Tarifs bis zur Vereinbarung des neuen Zoll-Tarifs wieder der allgemeine 8-proz. Werthzoll getreten ist.

Berlin. Die Kommission für Berathung der Maßregeln zur verschärften Ueberwachung der Berliner Verbrecherwelt formulirte eine Reihe von Vorschlägen, welche sowohl die Umgestaltung der Organisation der hiesigen Kriminal-Polizei als auch das gerichtliche Verfahren im Strafprozeß betreffe. Zur Durchführung der Vorschläge bedarf es mehrfacher Aenderungen der Gesetzgebung. — Die „Germania" meldet aus Rom, der Kaiser von Oesterreich habe zu Neujahr ein Schreiben an den Papst gerichtet, worin unter Anderem gesagt ist, daß der Kaiser im Quirinal keinen Gegenbesuch machen werde.

Staßfurt. In der hier stattgefundenen Versammlung der Kali-Interessenten wurde die Offerte der Anhalter Regierung bezüglich der Theilnahme an der Fabrikation einstimmig abgelehnt.

Bromberg. Der Kultusminister wies die Regierung an eine Verfügung zu erlassen betreffend die Wiederanstellung der Staatsleistungen in dem zur Diözese Kulm gehörigen Dekanat und zwar schleunigst.

Paris. Der „Intransigeant" veröffentlicht eine Depesche aus Genf, wonach die dortigen Nihilisten die Nachricht von einem gelungenen Attentat auf General Gresser erhalten haben wollen.

Paris. Der Marineminister erhielt eine aus Hongkong vom 12. d. M. datirte Depesche des Admirals Meyer, welche die Stimmung in Hongkong als eine sehr befriedigende bezeichnet und hinzufügt, die Seeräuber, auf welche mit aller Energie Jagd gemacht werde, begännen allmählich aus dem Delta zu verschwinden.

Rom. Zu der zweiten Pilgerfahrt zum Grabe Viktor Emanuels sind die Pilger noch zahlreicher hier eingetroffen, als zur ersten.

London. Dem „Reuter'schen Bureau" wird aus Hongkong gemeldet, daß Piraten in den Nächten des 1. und 2. Januar Maindink mit Verlust mehrerer Todten und Verwundeten angriffen; am 4. Januar sei Basang bei Hanoi angegriffen, der Feind aber in Unordnung und mit Verlust zurückgeworfen worden. Gerüchtweise verlautet, daß chinesische Truppen aus der Provinz Quangsi zur Verstärkung der Besatzung von Bacninh im Vorrücken begriffen seien. Einem Telegramm der „Times" aus Khartum vom 12. d. zufolge hätten die Insurgenten Helwan bei Khartum geplündert und in Brand gesteckt.

Queenstown. Der „Celtic" passirte Keansale an der irischen Küste im Schlepptau des „Britannies".

Die **Berliner Börse** zeigte, obgleich von auswärts günstige Meldungen vorlagen, große Geschäftsunlust, wodurch die Course gedrückt wurden. Aus Amerika wirkten die gemeldeten Getreide-Fallissements verstimmend. Die Abschwächungen sind allerdings nicht bedeutend, Kreditaktien 2 Mark, Disconto 1 Prozent niedriger, Kassabanken theilweise begehrt und fest, Eisenbahnen angeboten und gedrückt, österreichische Prioritäten wenig verändert, spekulative Bergwerke auf niedrigerem Niveau behauptet, andere Industrien ohne einheitliche Tendenz, deutsche Anlagewerthe gut behauptet, fremde Renten vernachlässigt, schwächer. Nachbörse schwach.

Frankfurt a. M., 14. Januar. Kredit 252½. Staatsbahn 276½. Lombarden 1,50. 60er Loose —. Ungarische Silberrente —. Papierrente —. Galizier 249. Oesterr. Goldrente —. 4% Ung. Goldrente 75. 1860er Russen —. 1880er Russen —. Papierrente —. Disconto —. Kupfer 67½. Gotthardbahn 87½. Mainzer —.

Wien, 14. Januar. Kredit 304,40. Staatsb. 350,70. Lombarden 144,50. Elbethal —. Nordwestb. 187,00. Marknoten 59,30. Ung. Kredit 302,00 Fest.

Paris, 14. Januar. (Schluß.) Rente 76,67. Anleihe 106,67. Italiener 91,10. Staatsbahn 667,50. Lombarden 316,25. Ob. Prioritäten 291. Egypter 537. Oesterr. Goldrente 84½. Rubig.

London (Getreidemarkt), (Schluß.) 14. Jan. Weizenwetter mäßiges Geschäft, 1 Sch. billiger, fremder träger. ½—1 Sch. Wochenrückgang, angekommener rückgängig. Mehl ½—1 Sch., Mais ½—½ Sch. Wochenrückgang. Mäßige Zufuhr fremd. feine Malzgerste 1 Sch. theurer, Hafer ruhig, ordinärer Hafer, Erbsen, Bohnen williger.

Lokales und Sächsisches.

— Gestern Nachmittag fand bei Ihren Königl. Majestäten eine größere **Hoftafel** statt, zu welcher Einladungen ergangen waren an die K. Staatsminister Dr. v. Gerber und Dr. v. Abeken, an die Präsidenten und Mitglieder beider Kammern, an Geh. Rath v. Thümmel, Geh. Rath Bär, Generalmajor v. Schubert, Geh. Rath v. Charpentier, Geh. Rath v. Einsiedel ꝛc.

— Der in Ruhestand getretene Lehrer und Organist **Götze** in Werdau erhielt das Albrechtskreuz.

— Ihre Kgl. Hoheit Prinzessin **Mathilde** geruhte jetzt, das vor Jahren schon für einen hiesigen Geflügelzüchter-Verein übernommene Protektorat auf den gegenwärtig hier allein bestehenden „Dresdner Geflügelzüchter-Verein" (gegründet 1865) zu übertragen.

— Von jetzt ab gelangen in Dresden-Neustadt (Leipziger Bahnhof) directe Tourbillets nach **Kopenhagen** (via Röderau-Berlin-Hamburg-Kiel-Korsör) zum Verkauf. Diese Billets haben dreitägige Giltigkeit und kosten 1. Klasse Eisenbahn und Dampfschiffkajüte 70,10 Mk., 2. Klasse und Kajüte 35,70 Mk. Die Billets berechtigen zur Fahrt in den Kourierzügen und genießen 25 Kilogramm Freigepäck. Die Ueberführung in Berlin vom Berlin-Anhalter zum Hamburger Bahnhofe erfolgt per Omnibus, wofür die Gebühr im Fahrpreis enthalten ist. In Hamburg und Kiel haben die Reisenden dafür selbst zu sorgen. Dagegen wird die Ueberführung des aufgegebenen Gepäcks überall ohne weiteres Zuthun des Passagiers besorgt.

— Das die Landtagssitzungen frequentirende Publikum besitzt zwar, wenn es sich darum handelt, aus der Tagesordnung auf interessante Verhandlungen zu schließen, in der Regel eine ganz besondere Divinationsgabe; gestern jedoch mag dieselbe die Tribünenbesucher gründlich im Stich gelassen haben. Während der 2½stündigen Sitzung der 2. **Kammer** waren sämmtliche Tribünen überfüllt — vielleicht in Erwartung ähnlicher Debatten wie am Freitag — ohne daß die Verhandlungen ein einziges Moment von allgemeinerem Interesse ergaben. Zunächst gelangte eine Schrift des Stadtraths von Mittweida zur Verlesung, in der dieser die ihm von dem Abg. Bebel wegen seines Vorgehens gegen Steuerrestanten gemachten Vorwürfe zurückweist und sein Verfahren rechtfertigt. Sodann wird der an Stelle des verstorbenen Abg. Klopfer gewählte Abg. v. Carlowitz-Proschwitz verpflichtet. Bei der Verhandlung über den Entwurf eines Gesetzes zur Abwehr und Unterdrückung der **Reblauskrankheit** erfreut Ref. von Bosse die Kammer mit einem belehrenden Vortrag über die Naturgeschichte der Reblaus und entwickelt sodann die zur Unterdrückung der Reblauskrankheit bisher von den Regierungen gethanen Schritte. Mit einer von der Deputation vorgeschlagenen unbedeutenden Abänderung wird sodann der Gesetzentwurf einstimmig genehmigt. Nachdem Ref. von Kirchbach der Kammer empfohlen, den Gesetzentwurf über die gewerbsmäßige Ausübung des **Hufbeschlages** in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung anzunehmen, stellt Herr Vicepräs. Streit Namens der fortschrittlichen Mitglieder einen Antrag, wonach das Ministerium das Recht erhalten solle, im Bedürfnißfalle auch ungeprüften Personen die Erlaubniß zur gewerblichen Ausübung des Hufbeschlags zu ertheilen. Er begründet seinen Antrag damit, daß geprüfte Hufschmiede wenig Neigung haben würden, sich in den kleineren, pferdearmen Oertchen des Erzgebirges oder Voigtlandes niederzulassen, und daß letztere dadurch in die größte Verlegenheit kommen könnten. Es trete zwar kein welterschütterndes Ereigniß ein, ob nun sein Zusatz angenommen würde oder nicht, wenn aber ein Gesetz gegeben würde, müsse es so geschehen, daß man zugleich Gesetzübertretungen vorbeuge, wie es sonst nicht anders geschehen könnte. Auch Abg. Heinze befürwortet den Minoritäts-Antrag. Staatsminister von Nostitz-Wallwitz erklärt sich nicht aus prinzipiellen, wohl aber aus praktischen Gründen gegen den Antrag Streit. Sachsen sei übrigens nicht das einzige deutsche Land, das ein diesbezügliches Gesetz anstrebe, auch in Bayern habe man vor Kurzem einen ähnlichen Entwurf eingebracht. Abg. Günther ist für die von der Deputation vorgeschlagene Fassung des Entwurfs. Den Antrag Streit annehmen, hieße nichts anderes als die beabsichtigte Wirkung des Gesetzes illusorisch machen. Aus ganz Deutschland seien Klagen eingelaufen, sodaß sich die Reichsregierung endlich veranlaßt gesehen, eine Bestimmung, nach der die Regelung dieser Frage der Einzelregierung überlassen werden soll, in die Gewerbeordnung aufzunehmen. Man habe geglaubt, die Gewerbefreiheit gerade dadurch zu schützen, daß man sie von ihren Auswüchsen befreite. Er weist sodann noch den Einwurf zurück, daß mit der Prüfung bedeutende Kosten verbunden sein würden. Nachdem die Abg. Mehnert, Uhlemann-Görlitz und Ackermann gegen und Abg. Speck für den Antrag Streit gesprochen, wird sodann der Minoritätsantrag mit großer Mehrheit abgelehnt, der Gesetzentwurf in der von der Deputation vorgeschlagenen Fassung genehmigt. Hierauf referirt Abg. Mehnert über ein Postulat von 747,040 M. für einen Erweiterungsbau auf dem Bahnhof **Waldheim** und ein anderes von 112,400 Mark für den Bau einer nach demselben führenden Straße. Abg. Bönisch beantragt, dem Antrag auf Bewilligung der geforderten Summen noch hinzuzufügen, „unter der Bedingung, daß zwischen dem Fiskus und der Stadtgemeinde Vereinbarungen getroffen werden, dahin gehend, daß der Stadtrath die Erlaubniß zum Anbau an der Straße nur ertheile, wenn der Unternehmer sich verpflichte, seinen Antheil an den Kosten des Straßenbaues dem Fiskus zurückzuerstatten". Die Deputation macht diesen Antrag zu dem ihren. Hierauf wird der Antrag, nachdem Abg. Knechtel gegen und Abg. Oehmichen für denselben gesprochen, angenommen. Der Entwurf einer Verordnung über die Versicherung von industriellen und landwirthschaftlichen Maschinen vor ihrer Inbetriebsetzung bei der Landesbrandversicherungsanstalt wird entsprechend dem Dep.-Antrag, Ref. Rietzhammer ohne Debatte genehmigt.

— Dem **Landtag** ist ein **Dekret** zugegangen, in welchem die Regierung denselben um seine Zustimmung zu dem beabsichtigten Ankauf eines Grundstückes ersucht, welches an die Dienstgrundstücke der Amtshauptmannschaft und des Forstrentamtes zu Annaberg stößt. Da dasselbe sich zu einem Bauplatz eignet, beabsichtigen die jetzigen Besitzer dasselbe zu verkaufen. Der angestellten Erörterung nach würde jedoch die Bebauung des fraglichen Grundstückes zu einer erheblichen Schädigung der fiskalischen Interessen führen können, indem dann die nur durch einen schmalen Streifen Landes davon getrennten Expeditionsräume des Forstrentamts ganz und die Wohnungen des Amtshauptmannes und des Forstrentbeamten nahezu zur Hälfte verbaut und verfinstert würden. Da der Kaufpreis nur 8000 M. beträgt, beabsichtigt die Regierung, diesen Eventualitäten durch Ankauf des fraglichen Grundstückes vorzubeugen.

— Aus der Mitte der 1. Kammer ist von Grat v. Könneritz, Abg. Peltz und Dr. Georgi folgender Antrag gestellt worden: Die Kammer wolle der Regierung zur Erwägung geben, ob es sich nicht für die Zukunft empfehlen dürfte, die **Einnahmen** aus den **Staatseisenbahnen** nur mit einer bestimmten, noch näher festzusetzenden Rente im Budget einzustellen und den sodann verbleibenden Ueberfluß zu reserviren, um einen Fond zu sammeln, der, falls die Eisenbahn-Einnahmen nicht die festgesetzte Rente erreichen, zur Deckung des Restbetrages zu dienen hat und deren Bestände, soweit sie nach dieser Completirung der Eisenbahnrente eine noch näher zu bestimmende Normalhöhe übersteigen, für außerordentliche Ausgaben, z. B. Eisenbahnbauten u. s. w. zu verwenden sind.

— Nicht weniger als 11 Gemeinden, 4 Gutsbezirke und 10 sonstige Interessenten haben sich mit **Petitionen** um Herstellung einer Fußweg-Unterführung nach der Station Neumark an den Landtag gewendet. Da diese Bahnstrecke zu den am dichtesten mit Zügen besetzten Strecken der sächsischen Staatsbahnen gehört, so ist dieser Niveauübergang für Geschirrverkehr und Fußgänger nicht nur ein gefährlicher, sondern namentlich für letztere ein sehr zeitraubender. Demnach ist die Deputation, Ref. Dehlinger, zu der Ansicht gekommen, daß im Interesse des verkehrenden Publikums